

Vertreter von im Bereich der Stadt Köln wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Rezsö Angerbauer	Sportjugend Köln
Herr Ulrich Bergmann	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Frau Ruth Differdange	Kath. Familienbildungswerk e.V.
Herr Konrad Gilges	AK für das ausländische Kind e.V.
Frau Karin Grevelhörster	Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Frau Frauke Mahr	Mädchenhaus Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Jochen Sander-von der Meden	Netzwerk e.V.
Herr Hans-Josef Saxler	Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Herr Wolfgang Scheiblich	Sozialdienst katholischer Männer
Frau Carola Siman	Evangelischer Stadtkirchenverband Köln
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Herr Wolfgang Wirtz	Evangelische Familienbildungsstelle
Frau Carmen Wöhler	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.
Frau Helga Wolf	Kölner Jugendring e.V.
Herr Dr. Wolfgang Zschke	Jugendhilfe und Schule e.V.

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Uckermann pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Hans-Josef Bauer	auf Vorschlag der CDU
Herr Dirk Detampel	auf Vorschlag der SPD
Frau Ciler Firtina	auf Vorschlag der Grünen
Herr Tim Hagemann	auf Vorschlag der FDP
Herr Volker Lemken	auf Vorschlag der CDU
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken

Frau Doris Rost auf Vorschlag von pro Köln
Frau Lieselotte Sturch auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Combrink-Souhjoud Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Ibrahim Turhan Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
(Vertreter von Frau Combrink-Souhjoud)

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold Ev. Kirche
Frau Magna Becker Bezirksregierung Köln als Vertreter der Schulen
Frau Anja Daub Agentur für Arbeit
Herr Georg Spitzley Kath. Kirche
Herr Werner Völker Ev. Kirche
Herr Josef Zimmermann Kath. Kirche

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Heinrich Spieker Seniorenvertretung

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Carolin Krause

Presse

Zuschauer

Zwei Klassen des Berufskollegs Ehrenfeld, Fachschule für Sozialpädagogik, mit der Lehrerin, Frau Müller.

Auszubildende der islamischen Theologie vom Verein der islamischen Kulturzentren e.V., Ausbildungsstätte Mülheim, Villa Hahnenburg, mit dem Ausbilder, Herrn Calisir

u.a.

Entschuldigt fehlen:

Frau Almut Gross Jugendhilfe Köln e.V.
Frau Christiane Lehmann Handwerkerinnenhaus Köln e.V.
Frau Regine Walter Progressiver Eltern- und Erziehverband e.V.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Dr. Heinen alle Ausschussmitglieder, die Presse und die Zuschauer.

Die Ausschussmitglieder werden darauf hingewiesen, dass die Parkgebühren für die konstituierende Jugendhilfeausschusssitzung gegen Vorlage einer Quittung von Frau Jarczyk bar erstattet werden.

Herr Dr. Heinen informiert die Jugendhilfeausschussmitglieder darüber, dass das Handout von der am 13.01.2010 stattgefundenen Informationsveranstaltung für interessierte Mitglieder, die bei der Veranstaltung nicht anwesend waren, in geringer restlicher Auflage bei Frau Jarczyk bereit liegt. Sollte darüber hinaus Interesse an dem Handout bestehen, bittet die Verwaltung um eine kurze Mitteilung an die Geschäftsstelle des Jugendhilfeausschusses; Frau Jarczyk wird die Unterlagen dann per Mail verschicken.

Herr Dr. Heinen macht darauf aufmerksam, dass eine Liste aller Jugendhilfeausschussmitglieder im Internet unter www.stadt-koeln.de eingesehen werden kann (Der Oberbürgermeister, Rat, Bezirke, Verwaltung/Der Rat der Stadt Köln/Ausschüsse/Jugendhilfe/Mitglieder). Darüber hinaus wird die Geschäftsstelle bei der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung am 16.03.2010 eine komplette Mitgliederliste in Papierform auslegen.

Anschließend weist Herr Dr. Heinen alle Jugendhilfeausschussmitglieder auf die Befangenheitsregelung der §§ 43 Abs. 2 GO NW/28 Abs. 2 KrO NW/31 GO NW hin. Danach ist ein Mitglied von der Behandlung einer Angelegenheit auszuschließen, wenn die Entscheidung dieser Angelegenheit ihm selbst, einem seiner Angehörigen oder einer von ihm kraft Gesetzes oder kraft Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil bringen würde. Für den Jugendhilfeausschuss bedeutet dies konkret, dass Trägervertreter/innen bei Angelegenheiten, die eigene Projekte/Einrichtungen betreffen, sowohl an der Beratung als auch an der Abstimmung nicht teilnehmen dürfen.

Als nächstes werden alle Jugendhilfeausschussmitglieder, die bei der konstituierenden Sitzung nicht anwesend waren, von Herrn Dr. Heinen verpflichtet. Hierbei handelt es sich um folgende Personen: Frau Magna Becker, Frau Barbara Combrink-Souhjouid, Frau Anja Daub, Herr Dirk Detampel, Frau Ruth Differdange, Herr Konrad Gilges, Frau Karin Grevelhörster, Herr Marc Ruda, Herr Heinrich Spieker, Herr Ibrahim Turhan, Herr Jörg Uckermann und Frau Carmen Wöhler.

Herr Dr. Heinen merkt an, dass folgende Unterlagen ausgelegt wurden:

- Flyer zu TOP 3.9 (0080/2010 – "Frühzeitige Hilfen" - eine Fachtagung der AG § 78 der Kölner Beratungsstellen in der Jugendhilfe“),
- Eine CD-Rom zu TOP 3.14 (0205/2010 - Bericht zum Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan 2007-2009),
- Musterexemplare der Broschüre zu TOP 3.15 (0164/2010 - Ratgeberbroschüre Band 19 "Spiel- und Lernsoftware pädagogisch beurteilt").

Als Tischvorlage werden die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien zu den TOP 3.1, 3.6, 3.11 und 8.1 mitgeteilt.

Des Weiteren wurden die Vorlagen zu TOP 2.3, 3.16, 3.17, 3.18, 3.19, 5.2.1, 7.5, sowie ein Auszug zu TOP 8.1 als Tischvorlage ausgeteilt.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte: 2.2, 2.3, 3.7, 3.8, 3.9, 3.10, 3.11, 3.12, 3.13, 3.14, 3.15, 3.16, 3.17, 3.18, 3.19, zu 4.2.1, 5.2.1, 7.2, 7.3, 7.4, 7.5 und 8.2.

Herr Dr. Heinen bittet, den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (AN/0211/2010) und den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (AN/0212/2010) als Tagesordnungspunkt „zu 4.2.1“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

- 2.1 Spielplatz an der Drehbrücke in Köln-Deutz
(Beantwortung einer Anfrage von Frau Jahn aus der JHA-Sitzung vom 01.09.2009)
4785/2009
- 2.2 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters zum Aufnehmenden Suchtclearing (ASC)
(Beantwortung von Anfragen von Frau Blum, Frau Schlitt und Herrn Scheiblich aus der JHA-Sitzung am 01.09.2009)
0195/2010
- 2.3 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten, Planungs- und Ausführungsstand November 2009
(Nachfragen von Frau Schlitt und Frau Mucuk-Edis in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.12.2009)
0323/2010

3 Mitteilungen

- 3.1 Bericht der U 25 Arbeitskonferenz
(Vertagter TOP 3.5 aus der JHA-Sitzung vom 08.12.2009)
4846/2009
- 3.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; Änderung des Vereinsnamens
hier: Interfamilia Kreisverband Köln e.V.
5132/2009
- 3.3 Sprachförderung in städtischen Kindertagesstätten - Zusätzliche Stellen vom 01.01.10 bis 31.07.10 durch Spendengelder der Marga und Walter Boll Stiftung
5265/2009

- 3.4 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort "Alte Kantine" des Ausbesserungswerkes in Köln-Nippes
5084/2009
- 3.5 Neue Kindertageseinrichtung im Bereich der ehemaligen CFK in Köln-Kalk
5227/2009
- 3.6 Kindertageseinrichtungen Gothaer Platz (Köln-Höhenberg), Am Beethovenpark (Köln-Sülz), Helmholtzstraße (Köln-Porz)
5207/2009
- 3.7 Kinder mit Sprachförderbedarf nach § 13 Abs. 6 Kibiz
5333/2009
- 3.8 Trägerwechsel der Kindertageseinrichtung Werderstr. 16
4211/2009
- 3.9 "Frühzeitige Hilfen" - eine Fachtagung der AG § 78 der Kölner Beratungsstellen in der Jugendhilfe
0080/2010
- 3.10 Überplanmäßiger Aufwand im Teilplan 0601- Kinder, Jugend und Familienhilfe, Teilplanzeile 15- Transferaufwand in Höhe von insgesamt 13,3 Mio. €
5250/2009
- 3.11 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten
Planungs- und Ausführungsstand Dezember 2009
0169/2010
- 3.12 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
5292/2009
- 3.13 Elternbeiträge zu Kindertageseinrichtungen und OGTS;
hier: Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes
0124/2010
- 3.14 Bericht zum Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan 2007-2009
0205/2010
- 3.15 Ratgeberbroschüre Band 19 "Spiel- und Lernsoftware pädagogisch beurteilt"
0164/2010
- 3.16 Datenschutz im Bereich der Jugendhilfe - KiWi - KinderWillkommen
Durchführung von Begrüßungsbesuchen
0297/2010
- 3.17 Verwendung der eingesparten Personalkosten durch den Kita-Streik
5346/2009

3.18 Zwischenbilanz des Modellprojektes "jusch - jung und schwanger - Beratung und Begleitung"
0358/2010

3.19 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für die Ausschüsse des Rates
0335/2010

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

4.2 Neue Anträge

4.2.1 Modellvorhaben zur Entwicklung und Implementierung eines Angebots "OGTS-spezial" für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf (Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2010)
AN/0036/2010

zu 4.2.1 Antrag gemäß §3 der Geschäftsordnung des Rates - Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln vom 11.01.2010: "Modellvorhaben zur Entwicklung und Implementierung eines Angebots "OGTS-spezial" für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf" (Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2010)
0219/2010

zu 4.2.1 Modellvorhaben zur Entwicklung und Implementierung eines Angebots "OGTS-Spezial" für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf (Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 26.01.2010)
AN/0211/2010

zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 26.01.2010 zum gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum TOP 4.2.1.: Modellvorhaben zur Entwicklung und Implementierung eines Angebots ,OGTS-Spezial' für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf
AN/0212/2010

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.1.1 Erhalt der Horte in sozialen Brennpunkten (Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.12.2009 - Vertagter TOP 5.2.3 aus der JHA-Sitzung am 08.12.2009)
AN/1897/2009

- zu 5.1.1 Erhalt der Horte in sozialen Brennpunkten
(Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.12.2009 - AN/1897/2009 - Vertagter TOP zu 5.2.3 aus der JHA-Sitzung am 08.12.2009) 5116/2009
- 5.1.2 Ganztagsoffensive Sekundarstufe I - Einrichtung von 173 neuen Gruppen
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.2009 - Vertagter TOP 5.2.2 aus der JHA-Sitzung am 08.12.2009) AN/1898/2009
- zu 5.1.2 Ganztagsoffensive Sekundarstufe I
(Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.2009 - AN/1898/2009 - Vertagter TOP zu 5.2.2 aus der JHA-Sitzung am 08.12.2009) 5110/2009
- 5.2 Neue Anfragen
- 5.2.1 Betreuungssituation U-3 in Köln
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.01.2010) AN/0174/2010
- 6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6.1 Betriebskostenzuschuss an das Deutsche Rote Kreuz für das Projekt "Power Pänz" im Schuljahr 2009/2010
4527/2009
- 7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 7.1 Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern im Schulalter
hier: Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsangebote für 10 - 14jährige Schülerinnen und Schüler" für das Schuljahr 2009/2010
3886/2009
- 7.2 Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Otto-Gerig-Str. in Köln-Deutz
4161/2009
- 7.3 Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Aachener Str./ Krefelder Str. in Köln-Eil
4159/2009
- 7.4 Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Grüner Weg in Köln-Sürth
4156/2009
- 7.5 Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Erlenweg in Köln-Bickendorf
4160/2009

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Entwicklungskonzept Porz-Mitte
3629/2008

8.2 Bestellung von beratenden Pflichtmitgliedern in den Jugendhilfeausschuss -
Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -
5345/2009

9 Anfragen

Persönliche Erklärung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung übergibt Herr Dr. Heinen das Wort an Herrn Uckermann zu einer persönlichen Erklärung.

Herr Uckermann äußert seinen Unmut und sein Unverständnis darüber, dass er als ordnungsgemäß vom Rat gewähltes Jugendhilfeausschussmitglied von der konstituierenden Jugendhilfeausschusssitzung ausgeschlossen wurde. Die Fraktion pro Köln nehme die Jugendhilfe und den Jugendhilfeausschuss sehr ernst, lasse den Vorfall nicht auf sich beruhen und erwäge den kommunalen Verfassungsstreit. Darüber hinaus sei es unfassbar, dass ein Antrag der Fraktion pro Köln zur Abschiebung von Intensivtätern nicht auf der Tagesordnung sei. Höchstwahrscheinlich werde pro Köln diesbezüglich eine Sondersitzung des Rates einberufen.

Ausschluss von der Sitzung:

In seiner persönlichen Erklärung wendet sich Herr Uckermann an Frau Dr. Klein und Frau Krause und erklärt hinsichtlich des Ausschlusses von der konstituierenden Sitzung, dass sich pro Köln Methoden wie in der DDR nicht gefallen lasse.

Aufgrund dieses Vergleiches erteilt der Ausschussvorsitzende Herr Uckermann wegen Unverhältnismäßigkeit, Unsachlichkeit und Beleidigung einen ersten Verweis.

Daraufhin erklärt Herr Uckermann, dass es das letzte Mal 1933 gewesen sei, dass ein vom Volk gewählter Vertreter nicht an einer Sitzung hätte teilnehmen können.

Aufgrund seines Vergleiches des Verwaltungshandelns mit dem der Nazi-Zeit erteilt der Ausschussvorsitzende Herr Uckermann einen zweiten Verweis.

Herr Uckermann weist den Ausschussvorsitzenden darauf hin, dass dieser zunächst einmal deutsche Geschichte lernen solle. Zudem sei es unverschämt, vom Volk gewählte Vertreter nicht zuzulassen. Er wüsste nicht, welcher Vergleich sonst hinzugezogen werden könne.

Der Ausschussvorsitzende belehrt Herrn Uckermann dahingehend, dass er bereits zwei Verweise habe und nach dem dritten sein Rederecht verirken und des Saals verwiesen werde.

Im Rahmen der Behandlung von TOP 2.1 äußert sich Herr Uckermann gegenüber Frau Mucuk-Edis nach einem Hinweis auf die Geschäftsordnung (Wortlaut undeutlich) dahingehend, dass sie dieses in ihrem Herkunftsland machen könne, nicht jedoch mit ihm. Es solle Contenance gewahrt werden, da er auch anders könne. Frau Mucuk-Edis gibt an, dass sie sich hierdurch persönlich angegriffen fühle und bittet darum, dies zu Protokoll zu nehmen.

Während der Diskussion zu TOP 3.13 wird Frau Schlitt durch Herrn Uckermann mit „blöd“ tituiert. Daraufhin erteilt der Ausschussvorsitzende Herr Uckermann einen dritten Verweis.

Nach Erteilung des Verweises wird Herrn Uckermann durch den Ausschussvorsitzenden das Wort entzogen. Anschließend erfolgen der Ausschluss von der laufenden Sitzung und der Verweis aus dem Sitzungssaal durch den Ausschussvorsitzenden.

Während des Verlassens des Sitzungssaals bezeichnet Herr Uckermann das Agieren des Ausschussvorsitzenden als mit dem von Goebbels und Stalin vergleichbar.

I. Öffentlicher Teil

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Frau Dr. Kossmann, Frau Trappe-Nolden und Herr Schneider benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Spielplatz an der Drehbrücke in Köln-Deutz (Beantwortung einer Anfrage von Frau Jahn aus der JHA-Sitzung vom 01.09.2009) 4785/2009

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Uckermann geht auf die Diskussion bezüglich der Öffnung der Drehbrücke für den Straßenverkehr ein. Er bittet die Verwaltung um Mitteilung, ob der dadurch am Spielplatz entstehende Verkehr mit dem Kinder- und Jugendschutz vereinbar sei.

Die Verwaltung bejaht die Frage.

2.2 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters zum Aufnehmenden Suchtclearing (ASC) (Beantwortung von Anfragen von Frau Blum, Frau Schlitt und Herrn Scheiblich aus der JHA-Sitzung am 01.09.2009) 0195/2010

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Schlitt bittet um Spezifizierung der Altersklassen in absoluten Zahlen.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Erledigung zu.

**2.3 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten, Planungs- und Ausführungsstand November 2009
(Nachfragen von Frau Schlitt und Frau Mucuk-Edis in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.12.2009)
0323/2010**

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3 Mitteilungen

**3.1 Bericht der U 25 Arbeitskonferenz
(Vertagter TOP 3.5 aus der JHA-Sitzung vom 08.12.2009)
4846/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben bittet um Beantwortung der als Anlage 2 beigefügten Fragen.

Die Verwaltung sagt die Erledigung zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.03.2009 zu.

Frau Jahn ersucht darum, den Bericht zu gendern. Es sei außerordentlich wichtig, bei den Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit eine Differenzierung zwischen Mädchen und Jungen vorzunehmen, da die Ausgangslagen unterschiedlich seien.

Frau Rost wünscht eine Erklärung des Wortes „gendern“.

Herr Dr. Heinen bittet darum, der Niederschrift einen entsprechenden Link beizufügen.

Die Verwaltung empfiehlt hierzu folgende Internetseite des Gender-Zentrums Augsburg:

<http://www.qza.uni-augsburg.de/grundlagen/definitionen/>

**3.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
Änderung des Vereinsnamens
hier: Interfamilia Kreisverband Köln e.V.
5132/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.3 Sprachförderung in städtischen Kindertagesstätten - Zusätzliche Stellen vom 01.01.10 bis 31.07.10 durch Spendengelder der Marga und Walter Boll Stiftung
5265/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Lerchner erkundigt sich, ob es sich beim zusätzlichen Personal um Neueinstellungen oder Aufstockungen handele und bittet darüber hinaus um Angabe, ob die 5,5 Stunden pro Woche eine Pauschale pro Einrichtung darstellen, oder ob es sich dabei um einen Durchschnittswert handele.

Frau Brähler-Haucke teilt für die Verwaltung mit, dass das zusätzliche Personal sowohl durch Neueinstellungen als auch durch Aufstockungen bereitgestellt werde. Die Wochenstunden stellen grundsätzlich eine Pauschale dar, orientieren sich aber im Einzelfall an der Anzahl der sprachförderbedürftigen Kinder.

**3.4 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort "Alte Kantine" des Ausbesserungswerkes in Köln-Nippes
5084/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Uckermann stellt fest, dass der Standort für die Kindertagesstätte gewählt wurde, da in diesem Bereich ein Neubaugebiet entstehe. Er bittet um Mitteilung, ob die Kindertagesstätte so konzipiert wurde, dass sie später, wenn es in dem Gebiet keine kleinen Kinder mehr geben sollte, als Jugendeinrichtung genutzt werden könne.

Herr Dr. Heinen gibt zu Protokoll, dass Köln eine geburtenstarke Stadt sei, so dass sich die Frage nach dem Nachwuchs erübrige.

Frau Beigeordnete Dr. Klein unterstreicht, dass Kindertageseinrichtungen grundsätzlich so geplant werden, dass sie zukünftig auch als Jugendeinrichtungen genutzt werden können.

**3.5 Neue Kindertageseinrichtung im Bereich der ehemaligen CFK in Köln-Kalk
5227/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.6 Kindertageseinrichtungen Gothaer Platz (Köln-Höhenberg), Am Beethovenpark (Köln-Sülz), Helmholtzstraße (Köln-Porz)
5207/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.7 Kinder mit Sprachförderbedarf nach § 13 Abs. 6 Kibiz
5333/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.8 Trägerwechsel der Kindertageseinrichtung Werderstr. 16
4211/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.9 "Frühzeitige Hilfen" - eine Fachtagung der AG § 78 der Kölner Beratungsstellen in der Jugendhilfe
0080/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.10 Überplanmäßiger Aufwand im Teilplan 0601- Kinder, Jugend und Familienhilfe, Teilplanzeile 15- Transferaufwand in Höhe von insgesamt 13,3 Mio. €
5250/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.11 Baumaßnahmen in Kindertagesstätten
Planungs- und Ausführungsstand Dezember 2009
0169/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn bemerkt, dass die Bauzeiten extrem lang seien (z.B. Maßnahme Nr. 1 – Juni 2010 bis Mai 2011 = 11 Monate). Sie bittet um Mitteilung, ob die angegebenen Zeiten auch die Dauer des Ausschreibungsverfahrens beinhalten, oder ob tatsächlich so lange gebaut werde.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung durch die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zu.

**3.12 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
5292/2009**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.13 Elternbeiträge zu Kindertageseinrichtungen und OGTS;
hier: Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes
0124/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen äußert seinen Unmut darüber, dass es sich hierbei um einen weiteren Punkt handele, an dem nicht refinanzierte Lasten auf die Stadt zukommen. In Anbetracht der schwierigen Haushaltslage seien 100.000,- € ein sehr hoher und vor allem unnötiger Betrag.

Frau Jahn bittet um Auskunft, ob aufgrund der Mindereinnahmen die Elternbeiträge erhöht oder die Qualität in den Kindertageseinrichtungen verringert werden müsse.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erörtert, dass es sich zunächst lediglich um eine Mitteilung über die Reduzierung der Einnahmen handele. Die Auswirkungen seien noch nicht geklärt. Es gebe zwar bereits eine interne Diskussion über die Erhöhung der Elternbeiträge. Diese habe jedoch nichts mit den Mindereinnahmen zu tun, sondern entstand bereits im Rahmen der Haushaltskonsolidierung.

Frau Rost bittet um Erläuterung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes.

Herr Dr. Heinen bittet darum, der Niederschrift einen entsprechenden Link beizufügen.

Die Verwaltung empfiehlt hierzu folgende Internetseite:

<http://www.haufe.de/SID101.a2jutEthZkg/steuern/topIssueDetails?view=themeName&objectIds=1257489139.66>

**3.14 Bericht zum Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan 2007-2009
0205/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.15 Ratgeberbroschüre Band 19 "Spiel- und Lernsoftware pädagogisch beurteilt"
0164/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn lobt die Ratgeberbroschüre und fragt an, wie diese vermarktet werde.

Frau Quilling teilt für die Verwaltung mit, dass es sowohl einen stadtweiten Arbeitskreis unter Beteiligung aller Träger als auch einen Arbeitskreis von Kindern und Jugendlichen mit Lehrern und Schulen gebe. Dort werde die Broschüre erarbeitet. Im Internet gebe es ein Netzwerk, welches speziell die Eltern anspreche. Die Vermarktung erfolge über die üblichen Medien, über die Strukturen der Jugendhilfe, über Schulen und über die direkte Beratungsarbeit.

Frau Mahr bittet um Angabe, wie viele Mädchen bzw. Jungen an der Befragung beteiligt waren (getrennt nach Geschlecht).

Frau Mucuk-Edis erbittet darüber hinaus eine Mitteilung darüber, ob es die Broschüre in mehreren Sprachen gebe.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung zu.

3.16 Datenschutz im Bereich der Jugendhilfe - KiWi - KinderWillkommen Durchführung von Begrüßungsbesuchen 0297/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 3 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben kritisiert die Entwicklung in der Sache und bittet um Mitteilung, ob die Stadt nun genötigt sei, das Verfahren in der jetzigen Form fortzuführen, obwohl es nicht so gut sei wie das Ursprüngliche.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bringt zum Ausdruck, dass das ursprüngliche Verfahren rundum erfolgreich gewesen sei. In ihrem Schreiben vom 15.12.2009 habe Frau Beigeordnete Dr. Klein beantragt, im Hinblick auf eine gesetzliche Änderung, zum alten Verfahren zurückzukehren. Dieser Antrag sei mit Schreiben der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI) schlichtweg abgelehnt worden. Die LDI stellt auf hauptamtlich Beschäftigte des Jugendamtes ab. Dies sei jedoch nicht im Sinne des Kölner Jugendamtes - zum Einen im Hinblick auf den städtischen Stellenplan und zum Anderen aufgrund der Annahme, dass ehrenamtlich Beschäftigte viel wirkungsvoller seien. Da es sich um die Abwägung zwischen dem Datenschutz und der Präventionsarbeit für Kinder und Eltern in Köln handle, werde Frau Beigeordnete Dr. Klein das Rechtsamt bitten, eine Prüfung bezüglich der zu erwartenden rechtlichen Konsequenzen im Falle der Fortführung des alten Verfahrens vorzunehmen.

Herr Gilges bittet um Mitteilung, ob es Überlegungen gebe, arbeitsrechtliche Konstruktionen zu gestalten, die den Bedürfnissen der Stadt und des freien Trägers entsprechen und den Datenschutz trotzdem wahren. Wenn zum Beispiel der Ehrenamtler zum Zeitpunkt der Übertragung ein städtischer Bediensteter ohne Fortzahlung von Bezügen wäre, dürften datenschutzrechtliche Probleme nicht entstehen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein gibt an, dass dies geprüft werden müsse. Ebenso wie die Möglichkeit, sofort bei der Anmeldung des Kindes eine Einverständniserklärung der Eltern einzuholen.

Herr Dr. Heinen bittet im Namen des gesamten Jugendhilfeausschusses, alle Möglichkeiten zu prüfen, die eine Rückkehr zum ursprünglichen Verfahren erlauben könnten.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, dass alle Möglichkeiten betrachtet werden.

3.17 Verwendung der eingesparten Personalkosten durch den Kita-Streik 5346/2009

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 4 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.18 Zwischenbilanz des Modellprojektes "jusch - jung und schwanger - Beratung und Begleitung" 0358/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 5 bei. Des Weiteren wurde zu diesem Tagesordnungspunkt der Auszug aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 14.01.2010 als Tischvorlage verteilt. Dieser liegt der Niederschrift als Anlage 6 bei.

Frau Laufenberg bittet, die Mitteilung in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.03.2010 zu verschieben.

Die Mitglieder des Ausschusses erklären sich hiermit einverstanden.

3.19 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für die Ausschüsse des Rates 0335/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 7 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge liegen nicht vor.

4.2 Neue Anträge

4.2.1 Modellvorhaben zur Entwicklung und Implementierung eines Angebots "OGTS-spezial" für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf

**(Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2010)
AN/0036/2010**

**zu 4.2.1 Antrag gemäß §3 der Geschäftsordnung des Rates - Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln vom 11.01.2010: "Modellvorhaben zur Entwicklung und Implementierung eines Angebots "OGTS-spezial" für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf"
(Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2010)
0219/2010**

zu 4.2.1 Modellvorhaben zur Entwicklung und Implementierung eines Angebots "OGTS-Spezial" für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf

**(Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 26.01.2010)
AN/0211/2010**

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 26.01.2010 zum gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum TOP 4.2.1.: Modellvorhaben zur Entwicklung und Implementierung eines Angebots ,OGTS-Spezial' für Grundschul Kinder mit einem besonderen Förderbedarf
AN/0212/2010**

Die Änderungsanträge wurden vor Sitzungsbeginn als Tischvorlagen verteilt und liegen der Niederschrift nochmals als Anlage 8 (AN/0211/2010) und Anlage 9 (AN/0212/2010) bei.

Herr Dr. Schlieben hebt hervor, dass sowohl die Qualität als auch die Quantität der OGTS erhöht werden müsse. Darüber hinaus würden bei der bestehenden Struktur einige Kinder überhaupt nicht erreicht und erhielten nicht die notwendige pädagogische und bedarfsgerechte Betreuung. Dadurch werde diesen Kindern die gesellschaftliche Teilhabe verwehrt und sie könnten nicht alle ihre Chancen nutzen. Die CDU-Fraktion könne die Summierung weiterer Entwicklungsdefizite nicht akzeptieren. Viele Kosten könnten durch eine vernünftige Präventionsarbeit vermieden werden. Aufgrund dessen habe die CDU-Fraktion nach Rücksprache mit den Jugendhilfeträgern einen Antrag zur Einrichtung eines Modellprojektes „OGTS-spezial“ gestellt. Da das Thema von vielen Fraktionen diskutiert werde, wurde schließlich der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP entwickelt und eingebracht. Herr Dr. Schlieben fordert die Jugendhilfeausschussmitglieder auf,

den gemeinsamen Änderungsantrag (AN/0211/2010) zu unterstützen und **zieht gleichzeitig den Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2010 (AN/0036/2010) zurück.**

Herr Dr. Heinen führt aus, dass es im Vorfeld des gemeinsamen Antrages viele Diskussionen über einen gemeinsamen Weg gegeben habe. Ein Hauptpunkt sei das integrative Arbeiten an Grundschulen, d.h. dass alle Kinder in einem System integriert werden. Bezüglich der Hortproblematik betont er, dass die Kinder, die in den Hort gehen, nicht 2010 aus den Einrichtungen wechseln müssen. Sie werden in den Einrichtungen („Große altersgemischte Gruppen“) bleiben und scheiden dann zum Jahr 2012 in die Sekundarstufe 1 aus. Somit sei eine durchgehende Betreuungskette sichergestellt. Herr Dr. Heinen spricht sich ebenfalls deutlich für den gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen aus.

Herr Pannes nimmt Bezug auf den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (AN/0212/2010) und bittet, folgende Ergänzungen einzufügen:

1. Zwischen Satz 1 und Satz 2 soll folgende Passage eingefügt werden: „Das Konzept soll pädagogisch begründete Entlassungen grundsätzlich ausschließen. Ausnahmetatbestände und Abhilfemöglichkeiten sollen klar umrissen und benannt werden.“
2. Punkt 2 des Beschlusses soll wie folgt fortgesetzt werden: „Träger mit entsprechenden Kenntnissen und Erfahrungen sollen berücksichtigt werden.“

Zu Punkt 1. der Ergänzung von Herrn Pannes macht Frau Jahn deutlich, dass es das wichtigste Ziel sei, kein Kind aus dem System herausfallen zu lassen. Die Umsetzung und Realisierbarkeit sei jedoch dem Fachpersonal zu überlassen und könne nicht von der Politik diktiert werden. Zu Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke teilt sie mit, dass die Gruppe aus Trägern, Schule und Verwaltung bestehe. Zu den Trägern gehören selbstverständlich auch die fachspezifischen Träger, so dass die Ergänzung wie oben von Herrn Pannes beantragt keinen Sinn mache.

Frau Volland-Dörmann stimmt Frau Jahn im Namen der Träger zu. Sie macht jedoch deutlich, dass in dem Konzept der Anteil der Schulen fehle. Die Träger seien nicht in der Lage, mit kommunalen Jugendhilfemitteln die Entwicklungsdefizite und -störungen aufzufangen. Es sei zwingend erforderlich, dass die Schulen in das Konzept eingearbeitet und an der Arbeit beteiligt werden. Weiterhin betont Frau Volland-Dörmann, dass die Trägervertreter sich darüber freuen, dass die Qualitätsdebatte weitergeführt werde. Im Hinblick auf den Haushaltsplanentwurf und das Deckungsloch stelle sich jedoch die Frage der Schwerpunktsetzung.

Herr Dr. Heinen stellt zunächst den **Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (AN/0212/2010)** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Anschließend stellt Herr Dr. Heinen den **gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (AN/0211/2010)** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

**5.1.1 Erhalt der Horte in sozialen Brennpunkten
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.12.2009 - Vertagter TOP 5.2.3 aus der JHA-Sitzung am 08.12.2009)
AN/1897/2009**

**zu 5.1.1 Erhalt der Horte in sozialen Brennpunkten
(Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.12.2009 - AN/1897/2009 - Vertagter TOP zu 5.2.3 aus der JHA-Sitzung am 08.12.2009)
5116/2009**

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**5.1.2 Ganztagsoffensive Sekundarstufe I - Einrichtung von 173 neuen Gruppen
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.2009 - Vertagter TOP 5.2.2 aus der JHA-Sitzung am 08.12.2009)
AN/1898/2009**

**zu 5.1.2 Ganztagsoffensive Sekundarstufe I
(Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.2009 - AN/1898/2009 - Vertagter TOP zu 5.2.2 aus der JHA-Sitzung am 08.12.2009)
5110/2009**

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn bemerkt, dass nicht alle geplanten Gruppen eingerichtet worden seien. Aufgrund dessen sei ein Betrag in Höhe von 400.000,- Euro nicht abgerufen worden und das Geld sei als Haushaltsrest an die Kämmerei zurückgegangen. Gleichzeitig gebe es jedoch Förderschulen, die startklar seien, jedoch nicht starten können, da ihnen 680.000,- Euro fehlen. Sie bittet um Erklärung, warum die eingesparten 400.000,- Euro nicht für die Förderschulen verwendet werden können.

Frau Gorklo-Blameuser teilt für die Verwaltung mit, dass die nicht entstandenen Gruppen, und somit auch die Einsparung, erst im Herbst 2009 bekannt geworden seien. Es handele sich bei den 400.000,- Euro um eine einmalige Einsparung, die haushaltsrechtlich nicht für die Deckung laufender Kosten bei den Förderschulen verwendet werden dürfe. Hinzugekommen seien die pauschalen Kürzungen des Kämmers im letzten Haushaltsjahr, so dass die 400.000,- Euro ohnehin nicht mehr zur Verfügung gestanden haben.

Frau Schlitt erinnert an die Diskussion zu diesem Thema im letzten Jahr. Es sei sehr ärgerlich, wenn die Fraktionen mehr Geld erkämpfen und die Verwaltung dieses nicht in voller Höhe ausgabe, so dass am Ende Streichungen vorgenommen werden.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bittet um Verständnis. Es sei nicht einfach gewesen, die Gruppen einzurichten. Im Hinblick auf die städtische Haushaltssituation sei die Kämmerei absolut rigoros bezüglich der Restmittel 2009 und verwende alle Haushaltsreste für den Haushaltsausgleich. Der Haushalt 2010 und der bestehende Bedarf seien hiervon zu unterscheiden.

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Betreuungssituation U-3 in Köln (Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.01.2010) AN/0174/2010

Die Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 10 bei.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Beantwortung zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.03.2010 erfolgen werde.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Betriebskostenzuschuss an das Deutsche Rote Kreuz für das Projekt "Power Pänz" im Schuljahr 2009/2010 4527/2009

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, dem Deutschen Roten Kreuz Kreisverband Köln e.V., für das Projekt „Power Pänz“ einen Zuschuss in Höhe von 24.500 Euro zu bewilligen.

Darüber hinaus beschließt der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie –, unter Bezug auf die Ratsbeschlüsse vom 24.06.2008, Top 9.18 (2748/2008) und 15.09.2008, Top 9.22 (3695/2008), dem Träger „Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Köln e.V.“ einen Zuschuss in Höhe von 855 Euro zur Finanzierung der Mehraufwendungen der aktuellen Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst zu gewähren.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0601, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7.1 Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern im Schulalter

**hier: Zuschüsse für Gruppen "Ganztagsangebote für 10 - 14jährige Schülerinnen und Schüler" für das Schuljahr 2009/2010
3886/2009**

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beschließt Zuschüsse für die in der Anlage 1 genannten Träger in Höhe von 522.971 € für die Durchführung von Ganztagsangeboten im Schuljahr 2009/2010 (01.08. 2009 – 31.12.2009). Die Auszahlung erfolgt noch im Haushaltsjahr 2009.
2. Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beschließt unter Bezug auf den Ratsbeschluss vom 24.06.2008, Top 9.18 (Vorlagen-Nr. 2748/2008) und 25.09.2008 (Vorlagen-Nr. 3695/2008) einen Zuschuss in Höhe von 75.086,60 € für das Haushaltsjahr 2009 zur Finanzierung der Mehraufwendungen der aktuellen Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst an die Träger der Ganztagsangebote für 10 – 14jährige Schülerinnen und Schüler gemäß Anlage 2 zu gewähren.
3. Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von 169.004 € für Zuschüsse an die Träger für die Durchführung von Ganztagsangeboten für das 2. Schulhalbjahr 2008/2009 (01.01.09 – 31.07.09) und das 1. Schulhalbjahr 2009/2010 (01.08.09 – 31.12.09) im Haushaltsjahr 2009.

Mittel stehen im Teilergebnisplan 0601 -Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), zur Verfügung.

Anmerkung: Die Anlagen 1 und 2 sind der Niederschrift nicht nochmals beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung: Frau Volland-Dörmann und Herr Pfarrer Decker nehmen weder an der Beratung noch an der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

**7.2 Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Otto-Gerig-Str. in Köln-Deutz
4161/2009**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Innenstadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, die Sanierung und Umgestaltung des belasteten Spielplatzes Otto-Gerig-Str. mit Gesamtkosten von 108.500 Euro durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.3 Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Aachener Str./ Krefelder Str. in Köln-Eil
4159/2009**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Porz, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Porz beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, die Sanierung und Umgestaltung des belasteten Spielplatzes Aachener Str./Krefelder Str. mit Gesamtkosten von 168.200 Euro durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.4 Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Grüner Weg in Köln-Sürth
4156/2009**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Rodenkirchen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, die Sanierung und Umgestaltung des belasteten Spielplatzes Grüner Weg mit den Gesamtkosten von 169.100 Euro durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.5 Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Erlenweg in Köln-Bickendorf 4160/2009

Die Beschlussvorlage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 11 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung Ehrenfeld und dem Finanzausschuss, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, die Sanierung und Umgestaltung des belasteten Spielplatzes Erlenweg mit Gesamtkosten von 201.200 Euro durchzuführen.
2. Der Finanzausschuss beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes sowie vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 108.700 Euro für die Umgestaltung des Spielplatzes Erlenweg aus dem Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen), Finanzstelle 5100-0604-0-2002, Spielplätze.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Entwicklungskonzept Porz-Mitte 3629/2008

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vor Sitzungsbeginn der Auszug aus der Sitzung des Liegenschaftsausschusses vom 21.01.2010 als Tischvorlage verteilt. Dieser liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 12 bei.

Frau Jahn nimmt Bezug auf Seite 40, Absatz 4 des Konzeptes. Danach bestehe ein Spielflächendefizit von 2.700 qm, für dessen Reduzierung keine Planungsvorschläge unterbreitet wurden. Dies sei in einem Gebiet, in dem viele Kinder in einem Geschossbau, teilweise ohne Balkon, leben, nicht hinnehmbar. Die Verwaltung müsse dazu angehalten werden, diesbezüglich weitere Planungen anzustellen. Inwieweit Änderungsmöglichkeiten bestehen, solle im Stadtentwicklungsausschuss behandelt werden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt das Entwicklungskonzept Porz-Mitte, mit Planungskonzept einschließlich Planungs- und Handlungsempfehlungen als teilräumliche Entwicklungsplanung und Grundlage für die zukünftige Bauleitplanung gemäß § 1 Absatz 6 Nr. 11 Baugesetzbuch unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Weiterverfolgung und Umsetzung der Planungs- und Handlungsempfehlungen. Der Flächennutzungsplan ist entsprechend dem beschlossenen Nutzungskonzept fortzuschreiben. Zur konkreten Ausgestaltung, Finanzierung und verfahrensseitigen Abwicklung bzw. Umsetzung von Einzelprojekten sind nach Erfordernis zu gegebener Zeit Einzelvorlagen den jeweils zuständigen Gremien gesondert zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.2 Bestellung von beratenden Pflichtmitgliedern in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - 5345/2009

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt Kenntnis von der folgenden Änderung bei den beratenden Pflichtmitgliedern des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie:

Die Gesundheitsverwaltung bestellt mit sofortiger Wirkung gemäß § 71 Abs. 5 SGB VIII, § 5 Abs. 3 AG-KJHG und § 4 Abs. 3 f der Jugendamtssatzung Frau Dr. Anne Bunte zum beratenden Pflichtmitglied des Jugendhilfeausschusses. Als Stellvertreter von Frau Dr. Bunte wird Herr Dr. Robert Wegner bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Anfragen

- 9.1 Hinsichtlich des Ratsbeschlusses, die Kindertagespflege auf 20% auszubauen, bittet Herr Dr. Schlieben um Beantwortung der folgenden Fragen:
 - Wie viele Kinder werden im Rahmen der U3-Betreuung aktuell durch eine Tagesmutter betreut?

- Wie sieht der aktuelle Stand bezüglich der Ausbauplanung aus?
- Warum wurde den Mitgliedern des JHA bisher keine entsprechende Beschlussvorlage zur Ausbauplanung und keine Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen vorgelegt?

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

9.2 Frau Wöhler berichtet, dass das Kölner Therapiezentrum Schulkinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Stadtteilen und unterschiedlichen Schulen betreue. Es werde zunehmend festgestellt, dass bei der Vergabe von Betreuungsplätzen im Offenen Ganztage längst nicht mehr alle Interessierten Berücksichtigung finden können. Viele Träger sähen sich nicht in der Lage, die Betreuungskapazität weiter auszubauen, was die Beteiligten unter zunehmenden Druck stelle. In diesem Zusammenhang bittet Frau Wöhler um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Ist der Verwaltung das Problem bekannt?
- Liegen Zahlen darüber vor, wie viele Kinder jährlich keinen Betreuungsplatz bekommen?
- Wer legt die Prioritätenliste fest und welchen Einfluss haben das Jugendamt oder sonstige Institutionen hierauf?
- Gibt es Pläne, die Betreuungskapazitäten aufzustocken und falls ja, wie wird mit Trägern umgegangen, die eine Erhöhung aus pädagogischen Gründen ablehnen?

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

9.3 Frau Blümel erläutert, dass die Abschläge 2010 auf Grundlage der gezahlten Zuschüsse 2009 berechnet und ausgezahlt werden sollten. Nach Auffassung der Wohlfahrtsverbände müsse die Grundlage die Tarifikostensteigerung mit einbeziehen. Nun gehen die ersten Bewilligungsbescheide ein, die jedoch die Tarifikostensteigerung nicht berücksichtigen. Frau Blümel bittet um Erläuterung und macht darauf aufmerksam, dass die Wohlfahrtsverbände eine andere Rechtsauffassung haben und Einspruch einlegen werden.

Frau Beigeordnete Dr. Klein gibt an, dass dies eine bekannte Diskussion sei. In der Ratssitzung habe es diesbezüglich eine unterschiedliche Positionierung der unterschiedlichen Fraktionen gegeben. Die ursprüngliche Überlegung sei gewesen, den Trägern den Haushaltsansatz 2010 als ersten Abschlag zu gewähren, was für die Träger deutlich von Nachteil gewesen wäre. Dem sei der Rat nicht gefolgt und habe festgelegt, dass die erste Rate des veranschlagten Ansatzes 2009 gewährt werde. Die Kämmerei habe diesbezüglich für alle Bereiche die einheitliche Regelung getroffen, dass damit die Abschlagszahlung im Wert des Haushaltes 2009, allerdings ohne die tariflichen Steigerungen, gemeint sei. Zurzeit finde eine verwaltungsinterne Diskussion statt und es müsse eine verwaltungseinheitliche Lösung gefunden werden.

Herr Schäfer-Remmele bringt zum Ausdruck, dass er es für juristisch äußerst problematisch halte, wenn eine Richtlinie ein bestimmtes Abrechnungsverfahren vorsehe (85% der verausgabten Mittel werden bezuschusst) und die Ver-

waltung sich nicht daran halte. Aufgrund der gestiegenen Tarifkosten seien die Ausgaben der Träger tatsächlich höher gewesen und die Bezuschussung betrage nun weniger als die festgelegten 85%. Er bittet um rechtliche Prüfung.

Frau Volland-Dörmann bittet um Mitteilung ob es korrekt sei, dass der Rat einen Doppelhaushalt 2008/2009 beschlossen habe mit den Zusetzungen der Tarifkostensteigerung. Sofern dies zutrefte und der Regierungspräsident den Doppelhaushalt genehmigt habe, liege es nicht in der Entscheidungskompetenz der Kämmerei zu sagen, dass die Tarifkostensteigerung 2009 nicht Bestandteil des Ratsbeschlusses sei. Aus Trägersicht sei dies juristisch eindeutig und Frau Volland-Dörmann bittet ebenfalls um nochmalige Prüfung.

- 9.4** Frau Jahn bittet um baldige und transparente Vorlage einer Auflistung zum Jugendhilfeeetat aus der hervorgeht, welche Änderungen sich im Vergleich zum letzten Jahr ergeben haben.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Frage zu.

- 9.5** Weiterhin bittet Frau Jahn um Mitteilung, welche finanziellen Auswirkungen sich für die Stadt Köln aus der Änderung des Vormundschaftsgesetzes ergeben, nach der jeder Vormund nur noch maximal 50 Mündel betreuen darf.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Frage zu.

- 9.6** Darüber hinaus ersucht Frau Jahn darum, eine Sachstandsmitteilung bezüglich der Kita Anisweg zu erhalten.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Frage zu.

- 9.7** Frau Schlitt führt aus, dass der Jugendhilfeausschuss beschlossen habe, dass jeder städtische Schulsozialarbeiter 1.200,- Euro Sachkosten erhalte. Diesbezüglich bittet sie um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Welche bereitgestellten Sachkosten für 2009 wurden tatsächlich ausgegeben?
- Wofür wurde das Geld ausgegeben?
- Welche Schulen haben ihre Sachkosten in welcher Höhe ausgegeben?

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Frage zu.

gezeichnet: Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)

gefertigt: Anna Jarczyk (Schriftführerin)